

# Sozialen Zusammenhalt stärken

## Prüf-Gruppe „einfach g'macht“ erhält ersten Ernst-Hinsken-Preis des Rotary-Clubs

**Straubing.** (fun/ver) Die politische und wirtschaftliche Prominenz gab sich am Dienstagabend die Klinke in die Hand – der Anlass: die Verleihung des ersten „Ernst-Hinsken-Preises“ in den Werkstätten Sankt Josef in Straubing. Mit dem neu geschaffenen Preis des Rotary-Clubs Straubing sollen Aktionen, Initiativen und Projekte gefördert werden, die das Motto des Preises „Gemeinsam schaffen wir mehr!“ inhaltlich ausfüllen und den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken.

Die Prüf-Gruppe „einfach g'macht“ der Förderstätte der Straubinger Werkstätte Sankt Josef hat am Dienstagabend den ersten Ernst-Hinsken-Preis des Rotary Club Straubing verliehen bekommen. Die sieben Mitglieder der Gruppe unter Leitung von Gruppenleiter Mario Franz und seiner Kollegin Sabrina Tauscher übersetzten seit acht Jahren schwierige Texte in leichte Sprache, und helfen damit Menschen mit und ohne Behinderung dabei, Dinge besser zu verstehen. Ein „Vorbildprojekt“, wie der Landesbeauftragte der bayerischen Staatsregierung für die Belange der Menschen mit Behinderung, Holger Kiesel, in seiner Laudatio herausstellte.

### 33 Jahre im Bundestag als Anwalt der kleinen Leute

„Gemeinsam schaffen wir mehr“ – das Motto des Ernst-Hinsken-Preises hätte seinem Namensgeber gefallen. Ebenso die Tatsache, dass damit bewährten und noch laufenden Projekten Wertschätzung entgegengebracht werden soll. Denn der ehemalige Bundestagsabgeordnete war ebenfalls einer, der gerne anpackte, dem soziales Engagement und das Ehrenamt am Herzen lag, das er förderte, so gut er konnte.

„Bayerwald-Turbo“, „Stimmenkönig“, „Mister Hartnäckig“ und sogar „bester Abgeordneter der Welt“ – all das waren Beinamen, die sich Ernst Hinsken im Laufe seiner



Der Präsident der Rotary Club Straubing, Helmut Hiendl (l.), überreichte den Vertretern der Prüf-Gruppe „einfach g'macht“ der Förderstätte der Straubinger Werkstätte Sankt Josef um Einrichtungsleiterin Ingrid Schultes (3.v.l.) die Urkunde des mit 500 Euro dotierten neu geschaffenen „Ernst-Hinsken-Preises“.

Foto: Josef Unterholzner

politischen Karriere erworben hat. Hinsken war ein Vollblut-Politiker, und er war auch nicht irgendwer. Er gehörte Jahrzehnte zur politischen Spitze. Seine Karriere begann 1967 mit dem Eintritt in die CSU. Es folgten zahlreiche lokalpolitische Ämter, bis er 1980 in den Bundestag einzog. 33 Jahre war er dort als Abgeordneter vertreten.

Hinsken war wirtschafts- und verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Parlamentarischer Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Vorsitzender des Tourismus-Ausschusses, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie und Beauftragter der Bundesregierung für Tourismus. Zeitweise gehörte er dem Vorstand der Unionsbundestagsfraktion an – und das ist nur ein Teil seiner Ämter und Mitgliedschaften. Legendar: Im Juni 2008 schaffte Hinsken es tatsächlich das deutsch-französische Ministerrats-

treffen, das bis dahin noch nie woanders als in Berlin oder Paris stattgefunden hat, nach Straubing zu holen. Wie er das geschafft hat, hat er nie verraten. Es wird ein ewiges Geheimnis bleiben.

Allerdings – und das ist es, was den Menschen und Politiker Ernst Hinsken ausmachte – blieb er trotz seiner steilen Karriere in Berlin immer auch mit Leib und Seele Niederbayer und kämpfte wie ein Löwe für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Vorankommen seines Wahlkreises. Er war einer von denjenigen Abgeordneten, von denen es mittlerweile zu wenige im Bundestag gibt. Ein Mann aus dem Volk, ein Handwerker mit Bodenhaftung, der die Probleme der kleinen Leute kennt und für diese auch immer ein offenes Ohr hatte.

Und egal, welches Amt oder welche Funktion Ernst Hinsken ausübte, ganz egal, wofür er kämpfte: Er tat es immer mit voller Hingabe.



Der Namensgeber des Preises, der Straubinger Bundestagsabgeordnete Ernst Hinsken, starb am 30. August 2020.

Foto: Jens Büttner

Das dürfte er mit den Preisträgern des „Ernst-Hinsken-Preises“ gemeinsam haben.

## Verdächtiger nach Brandanschlägen in Haft

**Marklkofen.** (dpa) Knapp eine Woche nach zwei Brandanschlägen auf ein Flüchtlingszelt in Marklkofen (Landkreis Dingolfing-Landau) hat die Kripo einen Verdächtigen festgenommen. Gegen den 57-Jährigen sei aufgrund von Flucht- und Wiederholungsgefahr wegen des Verdachts der versuchten und vorsätzlichen Brandstiftung ein Haftbefehl erlassen worden, teilte die Polizei am Dienstag mit. Weitere Details zu dem Verdächtigen nannten die Ermittler nicht.

In der Nacht zum 1. Februar war bei der noch leerstehenden Zeltunterkunft in Marklkofen, die für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine errichtet wurde, erstmals Feuer gelegt worden. Nachdem der Schaden überschaubar blieb, erfolgte in der nächsten Nacht ein weiterer Brandanschlag. Der Sachschaden beträgt mehrere tausend Euro, Menschen wurden nicht verletzt.

Wegen der vermuteten rechtsextremistischen Gesinnung des Täters hatte die bayerische Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus bei der Münchner Generalstaatsanwaltschaft den Fall an sich gezogen. Bei der Landshuter Kripo wurde eine 20-köpfige Ermittlungsgruppe gegründet, um den Brandstifter zu fassen.

„Die Angriffe auf die geplante Unterkunft für Vertriebene haben das Sicherheitsempfinden erheblich gestört“, begründete Niederbayerns Polizeipräsident Manfred Jahn den großen Aufwand. Er freue sich, dass der mutmaßliche Täter in so kurzer Zeit gefunden worden sei. Der schnelle Ermittlungserfolg zeige auch, „dass die Täter sich in der vermeintlichen Anonymität nicht sicher fühlen können“, ergänzte der Generalstaatsanwalt Reinhard Röttle. Und weiter: „Wir dulden in Bayern solche fremdenfeindlichen Angriffe nicht.“

## Kontrolle auf A3 wieder grenzüberschreitend

**Passau.** (hd) An der niederbayerisch-österreichischen Grenze fanden erstmals seit der Coronapandemie wieder gemeinsame Polizeikontrollen statt. Die österreichische Landespolizei und die deutsche Grenz- und Bundespolizei waren in gemeinsamen kleinen Teams unterwegs. Die Beamten kontrollierten am Montag zwischen 10 und 16 Uhr nahe des Grenzübergangs bei Passau an der A3 auf Höhe des Parkplatzes Hammerbach.

Hintergrund der Aktion sei der Kampf gegen die grenzüberschreitende Kriminalität, so die Grenzpolizei in einer Mitteilung. Zwar habe es am Montag keinen konkreten Fahndungserfolg bei den Fahrzeug- und Personenkontrollen gegeben, doch hätten die Beamten die praktische Zusammenarbeit über die Landesgrenzen wieder ausbauen können. Die Aktion vom Montag ist der nächste Schritt zu einer Normalität nach den Corona-Einschränkungen, nachdem die deutschen und österreichischen Beamten bereits im Dezember erstmals wieder zusammen Bahnkontrollen zwischen Linz und Regensburg durchgeführt haben.



Erstmals seit Corona kontrollierten Beamte aus Bayern und Österreich wieder gemeinsam auf den Straßen im Freistaat. Foto: Grenzpolizeiinspektion Passau

## Äbtissin vor Gericht

### Ordensfrau gewährte in rund 30 Fällen Kirchenasyl

**Bamberg.** (kna) Wegen der Gewährung von Kirchenasyl muss sich eine Ordensfrau nun doch vor Gericht verantworten. Das Amtsgericht Bamberg habe die Verhandlung für den 28. Februar angesetzt, sagte ihr Rechtsanwalt Franz Bethäuser am Dienstag.

Mechthild Thürmer (64), Äbtissin des Benediktinerinnenklosters Kirchschletten, wird Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt vorgeworfen. Der Prozess sollte schon 2020 stattfinden, wurde dann aber wegen Ermittlungen in weiteren Fällen von Kirchenasylgewährung gegen sie abgesagt. Das Gericht stellte ihr damals für den Fall einer Verurteilung eine „empfindliche Freiheitsstrafe“ in Aussicht.

Die Benediktinerin ist die einzige Ordensfrau in Bayern, gegen die noch eine diesbezügliche Anklage aufrechterhalten wird. Das Bayerische Oberste Landesgericht (Bay-OLG) bestätigte vor einem Jahr den Freispruch eines Münsterschwarzacher Benediktiners. Die Verurteilung einer Oberzeller Franziskanerin wurde aufgehoben.

Bethäuser sagte, seiner Mandantin sei eine Verfahrenseinstellung „wegen geringer Schuld“ und ohne Geldauflage angeboten worden. Diese Vorgehensweise sei jedoch „nicht angebracht, nachdem das Bay-OLG so eindeutig entschieden hat, dass die Gewährung von Kirchenasyl keine Straftat ist“.

Das Bay-OLG sieht den Tatbestand einer Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt nicht erfüllt, sofern sich die Gewährung von Kirchen-



Mechthild Thürmer wurde für ihr Engagement für Flüchtlinge bereits ausgezeichnet. Foto: Marion Krüger-Hundrup

asyl auf Unterkunft und Verpflegung beschränkt. Wer das tut, ist dem Gericht zufolge auch nicht verpflichtet, das Kirchenasyl aktiv zu beenden, wenn eine erneute Härtefallprüfung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu einer Ablehnung führt. Diese Pflicht bestehe nur aufseiten des Flüchtlings und der Behörden. Die Richterin verwies auf Absprachen zwischen Behörden und Kirchen. Seit 2015 muss für jeden im Kirchenasyl Aufgenommenen ein Dossier an das Bundesamt übermittelt werden. Deshalb könne einem Kirchenvertreter, der sich an diese Vereinbarung halte, kein pflichtwidriges Verhalten vorgeworfen werden.

Mutter Mechthild wurde wegen ihres Engagements für Flüchtlinge 2021 mit dem Göttinger Friedenspreis ausgezeichnet.

## Wollte Frau ihren Vater töten?

### Staatsanwaltschaft geht von Mordversuch aus

**Traunstein.** (dpa) Weil sie ihrem Vater einen möglicherweise lebensbedrohlichen Medikamentencocktail gegeben haben soll, muss sich eine 64-Jährige seit Dienstag vor dem Landgericht Traunstein verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft ihr versuchten Mord vor: Es sei ihr um das Erbe gegangen. Sie habe durch den Tod des 88-Jährigen einer Rückzahlungsforderung auf das Erbe in sechsstelliger Höhe entgegen wollen, zudem sei es um weitere Erbansprüche gegangen.

Zum Auftakt des Prozesses äußerte sich die Angeklagte nach Angaben ihres Anwalts nicht zu den Vorwürfen. Laut Anklage soll die Frau dem an diversen Krankheiten

leidenden Senior zwischen Mai und November 2021 mehrere Medikamente verabreicht haben, die potenziell zu einem lebensbedrohlichen Zustand führen konnten. Der Mann starb im November 2021 in einer Rosenheimer Klinik. Allerdings konnte die Todesursache nicht sicher festgestellt werden.

Laut Staatsanwaltschaft verschaffte sich die Angeklagte eine Vorsorgevollmacht für die Bankkonten des Vaters. Mehrfach soll die Frau – ohne dessen Kenntnis – hohe Summen an sich und ihre Geschwister überwiesen haben. Sie sei alleine zuständig gewesen für die Vorbereitung der Medikamente, die ihrem Vater verabreicht wurden.

## Laien halten an Reform fest

### Diözesanräte: Synodaler Weg stärkt Bischöfe

**Passau.** (kna) Trotz Mahnungen aus Rom wollen die 29 Diözesanräte in Deutschland den Reformprozess Synodaler Weg voranbringen. „Ziel ist die Förderung einer gelebten Kultur gemeinsamen Beratens und Entscheidens, in der sich Transparenz und Gewaltenteilung als Ausdruck von Synodalität verwirklichen können“, heißt es in einem Beschluss, aus dem das Zentralkomitee der Katholiken zitierte. Dazu gehörten auch die Einrichtung eines Synodalen Ausschusses und Rates. Vergangene Woche waren die Diözesanräte zur Jahrestagung nach Passau gekommen. Eine Mehrheit habe

sich für die Einrichtung eines gesamtdeutschen Synodalen Ausschusses und Rates sowie Synodaler Räte in den einzelnen Bistümern ausgesprochen. Ein Schreiben aus dem Vatikan vom 16. Januar besagt, dass weder der Synodale Weg noch ein von ihm eingesetztes Organ noch eine nationale Bischofskonferenz befugt seien, ein solches Gremium einzurichten, das die Autorität der Bischöfe beschneide. Die Delegierten in Passau betonten, derartige Gremien würden die Bischöfe stärken, „da jeder Ortsbischof Kraft seiner Autorität einen solchen Rat für seine Diözese einrichten kann“.